

An die Sozial- und gesundheitspolitische Sprecher/innen der Parteien im Abgeordnetenhaus

Berlin, den 15.08.2011

Wahlprüfsteine des Netzwerks der Betriebsräte in der Suchthilfe Abgeordnetenhauswahl 2011 mit der Bitte um Beantwortung

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Netzwerk der Betriebsräte der Suchthilfe in Berlin sind die Vertreter von mehr als Tausend Beschäftigten der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen. Gewählt als Interessenvertretung der Beschäftigten haben wir folgende „Wahlprüfsteine“ für die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2011 entwickelt.

Eine Veröffentlichung der Antworten (aber auch der Nichtbeantwortung) ist vorgesehen. Bisher haben diesbezüglich die entsprechenden Gewerkschaftsvertreter von ver.di und GEW dem Netzwerk Unterstützung in Sachen Publikation zugesagt.

Wir hoffen darauf, dass Sie den nachfolgenden 5 Wahlprüfsteinen die angemessene Bedeutung zukommen lassen und freuen uns schon jetzt auf Ihre Antworten.

Hintergrund der „Wahlprüfsteine“:

Durch zunehmende Arbeitsverdichtung sind die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter der Suchthilfe in den vergangenen Jahren komplexer und dadurch belastender geworden. Die Mittelzuweisungen für die zuwendungs- als auch entgeltfinanzierten Einrichtungen stagnieren. Die Deckelung der Budgets wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Suchthilfe u.a. verantwortlich gemacht für die sich weiter öffnende Schere der Gehälter zwischen öffentlichem Dienst und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege.

Ein Teil der MitarbeiterInnen wird noch angelehnt an BAT 2002 bezahlt – ein großer Teil erhält noch nicht einmal diese Vergütung. Aber nun schreiben wir das Jahr 2011. Reallohnabsenkung durch verweigerte Gehaltsanpassung und Inflation ist Realität.

Die bereits erwähnte Verdichtung der Arbeit in der Suchthilfe führt zu seelischen und körperlichen Problemen der Mitarbeiter. Eine Verstärkung der betrieblichen Gesundheitsfürsorge zur Vermeidung oder Linderung der Belastungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im fortgeschrittenen Alter verlangt nach einer entsprechenden finanziellen Ausstattung. Die Berliner Suchthilfe ist seit langer Zeit und wird es in zunehmendem Maße durch interkulturelle Angebote geprägt. Auch diese müssen auskömmlich finanziert werden.

Vor diesem Hintergrund stellen wir deshalb an Ihre Partei folgende Fragen:


1. Welche Überlegungen und Planungen bestehen in Ihrer Partei hinsichtlich der vertraglichen Festschreibung und Überprüfung der Personalmittelverwendung in den zuwendungs- und entgeltfinanzierten Einrichtungen der Suchthilfe?
2. Welche Lösungen strebt Ihre Partei an, die Rahmenbedingungen der Sozialen Arbeit in der Suchthilfe nach §75 ff SGB XII zu gestalten und deren Umsetzung zu kontrollieren?
3. Wie plant Ihre Partei, wieder ein angemessenes Gehaltsniveau in der Suchthilfe – angepaßt an die Gehaltsstruktur des Öffentlichen Dienstes - durchzusetzen? Welchen Beitrag will Ihre Partei zur Durchsetzung einer tarifgerechten Entlohnung leisten?

4. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur Bereitstellung von Mitteln für die innerbetriebliche Gesundheitsfürsorge (z. B. Burn-Out-Prophylaxe)? Welche Programme und Maßnahmen unterstützt Ihre Partei in diesem Zusammenhang für die gezielte Entlastung und altersgerechte Gestaltung der Arbeitsbedingungen für ältere MitarbeiterInnen der Suchthilfe?

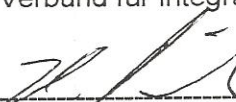
5. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei in Bezug auf den Ausbau interkultureller Kompetenzen und Kapazitäten im Berliner Suchthilfebereich? Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in diesem Bereich angemessen – also angelehnt an den öffentlichen Dienst – bezahlt werden?

Mit freundlichen Grüßen

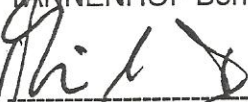
Die Vorsitzenden der Betriebsräte aus der Berliner Suchthilfe


ADV
Anti-Drogen-Verein gGmbH


Verbund für integrative und therapeutische Arbeit gGmbH


ZeitRaum gGmbH


TANNENHOF Berlin-Brandenburg e.V.


Notdienst Berlin für Suchtmittelgefährdete und – abhängige e.V.


Drogentherapie-Zentrum Berlin e.V.